Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „ULK", Mittwoch „Haus und Garten". Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 8 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 70 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 143; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Rathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 503
47. Jahrgang

Mittwoch
2. Oktober 1918

Kanzlerkandidatur des Prinzen Max von Baden.

Verzicht des Herrn v. Payer auf den Kanzlerposten.

Herr v. Payer hat die Mehrheitsparteien gebeten, von seiner Kanzlerkandidatur abzusehen. Wir glauben, daß Herr v. Payer politisch klug gehandelt hat, und wir hoffen, daß er auf dem Posten des Vizekanzlers verbleiben wird. Im Leitartikel des gestrigen Abendblattes haben wir gesagt, daß es unseres Erachtens nicht darauf ankomme, nur Parlamentarier in die leitenden Aemter zu setzen, und daß das parlamentarische System nicht mit dieser rein praktischen Frage zu verwechseln sei. Es ist in dem Artikel auch auf die Urteile hingewiesen worden, die sowohl für die weitere innere Entwickelung wie für die auswärtige Politik sich gerade aus der Heranziehung von bestimmten nichtparlamentarischen Persönlichkeiten ergeben könne, denen man auch im Auslande, mehr als manchen Parlamentariern, Vertrauen entgegenbringt. Dabei wurde, wenngleich die Nennung von Namen noch unterbleiben mußte, auch an den Prinzen Max von Baden gedacht. Dem Prinzen Max von Baden ist, noch nicht offiziell, das Kanzleramt angeboten worden, und er weilt seit gestern bereits in Berlin. Diese Kandidatur wird seit langem, und wurde schon bei der vorigen Kanzlerkrise, vor der Ernennung des Grafen Hertling warm und mit großer Ueberzeugungskraft von Mitgliedern der Linken empfohlen, die auf entschieden demokratischem Standpunkt stehen. Sie begegnet auch bei den anderen Mehrheitsparteien nicht einem Widerspruch, der hinderlich werden könnte, und sagt auch den Sozialdemokraten mehr als andere Kandidaturen zu. Bisher fehlte die Genehmigung des Großherzogs von Baden und Zweifel daran, ob dem badischen Thronfolger die Uebernahme des Kanzleramtes gestattet werden würde, wurden vorgebracht. Diese Schwierigkeiten sind beseitigt, da der Großherzog diesmal, unter den besonderen Umständen, seine Zustimmung gegeben hat. Man könnte ja Einwendungen dagegen erheben, daß die erste parlamentarische, aus der Volksvertretung hervorgehende Regierung in Deutschland einen Prinzen an ihre Spitze stellen soll. Wir würden solche Bedenken für kleinlich halten, und es ist unserer Meinung nach sehr möglich, daß, unter den notwendigen Voraussetzungen, gerade eine derartige Verbindung für die innere Entwickelung sehr vorteilhaft werden kann. Nach außen hin würde die Ernennung des Prinzen Max von Baden nur günstig wirken können, denn die Rede, die er, als Präsident der Ersten badischen Kammer, am 16. Dezember des vorigen Jahres hielt, hat überall einen starken und guten Eindruck gemacht. Er forderte in dieser Rede die „Abkehr von der Kriegsverrohung", erklärte, daß Macht allein uns die gebührende Stellung in der Welt nicht bringen könne, sprach von dem „Weltgewissen", das hinter unserer Kraft stehen müsse, und lehnte den alldeutschen Geist, die Gewaltpolitik und „die heidnische Sinnesart, zu der sich so viele geistig hervorragende Männer aller Länder während des Krieges fast mit Stolz bekannten", in schönen und energischen Sätzen ab. Prinz Max von Baden ist jetzt 51 Jahre alt und verheiratet mit Marie Luise, Tochter des Herzogs von Cumberland. Er ist Doctor juris und hat seit langer Zeit ein sehr vielseitiges politisches Interesse gezeigt. Wir für unser Teil sind bereit, ihn zu unterstützen, falls er die Ausführung des Programms, das einer wirklich parlamentarischen Regierung heute vorgezeichnet ist, übernehmen will. Stimmt er zu, einigt er sich mit den Parteien der Mehrheit, so darf man von seiner Berufung all das erhoffen, was sich unter den gegenwärtigen Umständen erhoffen läßt.

* * *

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt:

Man kann nicht sagen, daß Herr **v. Payer** das Amt des Reichskanzlers „abgelehnt" habe, da es ihm ja nicht von der einzig dazu berechtigten Stelle „angeboten" worden ist. Mit Herrn v. Payer haben lediglich Besprechungen darüber stattgefunden, ob er gegebenenfalls das Kanzleramt annehmen würde. Herr v. Payer hat namentlich auf sein hohes Alter hingewiesen und hat gebeten, von einem Vorschlag seiner Person Abstand zu nehmen. Man darf nunmehr sagen, daß Herr v. Payer als Kandidat auf den Kanzlerposten vorerst ausscheidet.

Inzwischen waren, während gleichzeitig auch die Kandidatur Solf möglich erschien, von einigen Seiten Anfragen an den **Prinzen Max von Baden** ergangen. Prinz Max von Baden ist bereits gestern abend in Berlin eingetroffen und hat wegen der eventuellen Uebernahme des Kanzlerpostens schon mit maßgebenden Persönlichkeiten Aussprachen gehabt. Mit Parlamentariern hat aber der Prinz noch nicht konferiert. Man muß seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß Herr v. Berg, der Chef des Zivilkabinetts, plötzlich eine Vermittlerrolle übernommen hat, die der Kaiser anfänglich dem zurücktretenden Grafen Hertling zuerteilt hatte. Diese vermittelnde Tätigkeit des scheidenden Reichskanzlers war durch die Konstitution gegeben. Es hat sich also hier durch das unvermittelte Eingreifen des Herrn v. Berg ein Widerspruch aufgetan.

* * *

Auf dem Weg zur Lösung der Krisis

Von [Nachdruck verboten.]

Conrad Haussmann,

Mitglied des Reichstags.

Die Neubesetzung der Regierung vollzieht sich auf neuem Weg. der Verlauf der Krisis ist der Ausdruck eines eingetretenen Umschwungs. Die Erneuerung, deren Notwendigkeit Hertling vor Wochen hätte erkennen sollen, mußte längst abgeschlossen sein, ehe die Nachrichten aus Wien und Sofia eintrafen, die uns jetzt beschatten. Es war schon seit geraumer Zeit alles zu der Aenderung reif.

Wenn die Reichstagsparteien nicht noch schärfer drängten, so war dafür ihr ehrlicher Wunsch maßgebend, die Erschütterung innerer Parlamentskämpfe dem Land in kritischen Momenten zu ersparen.

Die Entwicklung der Kanzlerkrisis drängte und vollzog sich in konstitutioneller Bahn. Graf Hertling demissionierte und schlug einen Nachfolger und einen neuen Kurs vor. Der Kaiser nahm die Demission und den Vorschlag des parlamentarischen Systems an, das „in die Wege zu leiten", er den scheidenden Kanzler beauftragte. Der neue Kanzler war die Adresse, an die sich dieser Auftrag richtete. Graf Hertling bat den Vizekanzler um diese Einleitung. Dieser gab sofort dem Reichstag von dem Auftrage Mitteilung und hörte alle Fraktionen. Die Mehrheitsparteien erwiderten, indem sie gemeinsam Herrn v. Payer wissen ließen, daß er von ihrem Vertrauen auch auf dem Posten des Reichskanzlers getragen sein würde. Herr Payer glaubte, dieser Aufforderung nicht entsprechen zu können und machte der Krone und den Parteien den Vorschlag, Prinz Max von Baden auf die Stelle zu berufen, der öffentlich seit Jahr und Tag für die Grundsätze eingetreten ist, die das Programm der Neuorientierung und der Mehrheitsparteien sind.

Prinz Max von Baden hat dem Vizekanzler erklärt, daß er das Amt in dieser Stunde nur annehme, wenn er das volle Vertrauen der Mehrheitsparteien für sein Programm besitze, und daß er kein Koalitionsministerium, sondern nur ein Mehrheitskabinett bilden könnte.

Der Entschluß des Prinzen, der seine Person heute in den Dienst eines politischen Amtes zu stellen bereit ist, beweist Mut, Energie und bürgerlichen Geist. Jeder, der heute ein Ministerium übernimmt, ist ein Ehrenmann. Prinz Max vermehrt, indem er die Bürde des Kanzleramts im Oktober 1918 übernimmt und das ehrlich konstitutionelle System, getragen von dem Vertrauen der Krone und der Volksvertretung, rein durchzuführen bereit ist, schon durch diesen Schritt die starke Sympathie, die er in Deutschland besitzt.

Der Reichstag wird vor seinem Vertrauensvotum das Programm des Kanzlers abwarten und die Mehrheitsparteien werden sich ihrer Mitverantwortung bewußt sein.

Es ist heute verfrüht, von dem Eindruck zu reden, den des Prinzen Max Humanität auch bei den Feinden seit Kriegsbeginn erweckt hat. Im Innern aber wäre die neue Entwicklung aussichtsreich und ein neues Programm vertrauenerweckend, das seine sammelnde Kraft der Einheitlichkeit der in der Regierung verkörperten Gesinnung zu verdanken hätte.

(Siehe auch Seite 2.)

Festigkeit!

Von [Nachdruck verboten.]

Walther Rathenau.

Was ist geschehen?

Ist unsere Begeisterung so schwach gewesen, daß sie sich nur halten ließ, solange der Krieg als gewonnen galt, und der Friede den Unwissenden eine Frage von Monaten schien?

Was hatten all die Worte vom Durchhalten zu sagen, wenn sie nur auf sechs Monate und auf eine sichere Partie gemeint waren?

Das Volk hat das Schwerste ertragen und rührte sich nicht. Die Front hat das Höchste geleistet und blieb fest. War die Zuversicht der Gebildeten denn nur der Ausdruck einer sorglos optimistischen Meinung?

Es ist wahr: Man hat die Meinung verwöhnt und die Stimmung verweichlicht. Mangelnder politischer Blick hat zugelassen, daß man über Kriegserklärungen jubelte, daß man den Unterseekrieg auf drei Monate schätzte, jede Anstrengung als die letzte erklärte, die Forderungen ins Maßlose steigerte, die Warnenden verdächtigte beschimpfte und abtat. Das ist nicht mehr zu ändern und soll nicht nachgetragen werden. War das aber der ganze Inhalt unserer Stimmung?

Was ist denn geschehen? Die westliche Front ist eingebuchtet, im Osten sind Verluste entstanden. Was kann geschehen? Der Bestand an Helfern kann sich verringern, wir werden vermehrt auf eigene Kraft angewiesen sein.

Was weiter?

Es ist eine Hoffnung zerstört: die Hoffnung, durch den Besitz von Calais oder Paris den Frieden in diesem Jahre zu erzwingen.

War das eine Hoffnung?

Es war eine kurzsichtige, unpolitische Illusion. Der Krieg mit See- und Ueberseemächten wird nicht durch die Lage Frankreichs entschieden. Kein englischer Minister hätte aus Verzweiflung über Frankreichs Schicksal sich ergeben.

Was ist sonst noch geschehen?

Sonst ist nichts geschehen. Wir haben unser unberührtes Land, unser Heer, unsere Versorgung und unsere Rüstung. Das übrige hängt vom Willen ab.

Ist das ein Grund zur Besorgnis?

Ein Krieg ist an sich ein Grund zu schwerer Besorgnis, am meisten dieser, und für alle Völker der Erde. Ein Grund zur Niedergeschlagenheit, zur Minderung der Zuversicht ist nicht gegeben. Sollen wir uns von den Nerven der Pariser beschämen lassen? Der Feind steht nicht zwischen Jüterbog und Wittenberg und wird, so lange wir leben, nicht da stehen; doch wenn er da stände, so hätten wir zu kämpfen. Zu kämpfen um das, was nottut: den Frieden in Ehren.

Ein für allemal: Wir halten den Krieg beliebig lange aus, an Rohstoff, Nahrung, Menschenzahl, Kraft und Willen, mit mehreren, mit wenigen, mit keinen Genossen. Je länger wir ihn aushalten können und aushalten wollen, desto kürzer werden wir ihn auszuhalten haben. Die Kurve der Friedensbereitschaft verläuft auf beiden Seiten in Wellen, bei uns ist sie gestiegen, bei den Gegnern gesunken. Eines Tages werden die beiden Kurven sich schneiden, an diesem Tage werden wir den Frieden haben, nicht früher und nicht später.

Wenn die Staatsmänner nicht fähig sind, auf die Kurven einzuwirken, so werden die Völker es tun.

Es ist etwas anderes, ob die zur Festigkeit mahnen, die dem österreichischen Ultimatum und der Kriegserklärung an Serbien zujubelten, die den frischen, fröhlichen Reiterkrieg und das wohlgemute Verdreschen anpriesen, die jeweils zum Quartalsende den Frieden ersahen, die hundert Milliarden, Longwy, Briey und die flandrische Küste forderten, für Belgien neunundneunzig Formeln und Standpunkte fanden, über Amerika lachten, den Verständigungsfrieden verhöhnten, England in hundert Tagen auf die Knie zwingen wollten, die russische Revolution als unser Werk betrachteten, die uns belehren wollten, daß Deutschland so bleiben müsse, wie es war, weil der Erfolg das Bestehende zu heiligen schien —

oder ob wir unsere Stimme erheben, die wenigen, die man als Schwarzseher brandmarkte, die ganz wenigen, die vom ersten Tage an die Dauer, die Gefahr, die Schwere erkannten und das Land darauf einstellten, die ihre Meinung nicht gewandelt haben, und die nicht überrascht werden können.

Wir haben unsere Meinung nicht geändert, aber auch nicht unsere Einschätzung des Landes. Wir wissen, daß wir stark genug sind, daß wir standhalten können, wenn wir wollen und so lange wir wollen. Es werden Tage kommen, an der-

man sich des heutigen Kleinmuts schämen wird, so, wie wir heute der Urteilslosigkeit uns schämen sollten. Doch wollen wir an jenen künftigen Tagen der heutigen nicht vergessen und nicht von neuem der Maßlosigkeit verfallen.

Vergessen wir alles, was uns getrennt hat. Jeder von uns hat das Land in seiner Weise geliebt und liebt es in seiner Weise. Irrtum ist nicht Schlechtigkeit. Laßt uns nicht wieder Meinungssachen als Gesinnungsfehler rügen.

Es geht nicht an, daß man der Vaterlandslosigkeit und der Ehrvergessenheit die verdächtigt, die den Stand der Dinge abweichend von der offiziellen Meinung ansehen.

Es geht nicht an, daß eine Partei des optimistischen Urteils sich als die einzige vaterlandsliebende und die anderen als verkauft bezeichnet.

Es geht nicht an, daß man die Höhe leicht auszusprechender Forderungen als das Maß des Patriotismus hinstellt.

Es geht nicht an, daß man den Gang der Ereignisse und ihre offizielle Deutung als Erziehungsmittel benutzt, um das Volk am Hergebrachten festzuhalten.

Alle diese Dinge seien auf ewig vergessen, wir sind nur noch Deutsche und Brüder, und wehe dem, der dem anderen etwas nachträgt und die Einheit schwächt, solange der Feind uns bedroht.

Die Mündigung des Volkes geht ihren Gang, nicht den Gegnern zu Lieb, nicht zu Trotz, sondern weil das Volk reif ist.

Der Krieg wäre nicht, was er sein soll, die härteste Schule der Gewissen, wenn nicht die letzte Probe, die fehlte, uns auferlegt würde. Die Prüfung des Mutes, der Entsagung, des Opfers, der Schmerzen ist bestanden, die Prüfung des Willens muß bestanden werden. Sie wäre keine, wenn nicht die wahrhafte, greifbare Gefahr allen sichtbar würde.

Es ist nicht nötig, ein Gerede vom Vernichtungswillen des Gegners zu machen, wir bedürfen keiner künstlichen Erregungsmittel, die verrauchen und verkatern, um fest zu bleiben. Es genügt, daß wir den Kriegs- und Siegeswillen der Feinde kennen, der kein anderer ist als der unsere im Laufe von vier Jahren. Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, sondern jeder hat sich seiner Haut zu wehren, bis beide einsehen, daß der Kampf zwecklos und verbrecherisch war.

Heute liegt der Mangel an Einsicht allein bei unseren Gegnern. Dadurch wächst unser sittliches Recht, unsere Pflicht und somit unsere Kraft. Zugrunde geht nur der, der innerlich zugrunde geht.

Es ist Deutschland nicht bestimmt, zugrunde zu gehen. Darum: sursum corda! Hoch die Herzen!

Gegen Herrn v. Waldow.

Die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz" schreibt: „Soll die Organisation der nationalen Verteidigung auf demokratischer Grundlage mit Erfolg durchgeführt werden, dann muß der Systemwechsel auch auf wirtschaftlichem Gebiet zur Behebung der Ernährungsmisere führen. Nur die Beseitigung der offenbaren Mängel in der Lebensmittelbewirtschaftung kann die Volksstimmung dauernd verbessern. Das Kriegsernährungsamt unter Leitung des Staatssekretärs v. Waldow hat ständig die agrarischen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt. Während in der Aera Batocki wenigstens eine gewisse geistige Beweglichkeit zu bemerken war, ist das Kriegsernährungsamt jetzt ein Institut zur Erschwerung der Erfassung der Lebensmittel geworden. Die „Erfolge" des Kriegsernährungsamts drücken sich in der Zunahme des Schleichhandels und in einer unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln aus."

Das bayerische Zentrum und der Paragraph 9.

Gegen die Aufhebung.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Fr. München, 1. Oktober.

Aus bayerischen Zentrumskreisen kommt in letzter Stunde noch der schärfste Protest gegen die Aufhebung des § 9 der Reichsverfassung. Die gesamte Zentrumspresse lehnt sich dagegen auf. Dr. v. Pichler als Stimmführer erklärt, daß die Kundgebung der Zentrumskorrespondenz in Berlin, die von einer eventuellen Geneigtheit der Zentrumsfraktion des Reichstags für die Aufhebung spricht, in bayerischen Zentrumskreisen geradezu Bestürzung hervorgerufen habe. Das bedeute den Anfang vom Ende der bundesstaatlichen Selbständigkeit des Königreichs Bayern. Er verlangt von der bayerischen Regierung im Bundesrat ein entschlossenes Auftreten gegen die Aufhebung des Artikels. Unter allen Umständen müßte verlangt werden, daß die Regierung den bayerischen Landtag höre, bevor sie zu einer das Leben des bayerischen Staates berührenden Verfassungsänderung ihre Zustimmung ausspreche.

△ **München,** 1. Oktober.

Dem für den 14. Oktober einberufenen bayerischen Landtag werden als wichtige Vorlagen das Schulgesetz und die Reichsratskammerreform zur Erledigung überwiesen werden.

Die Regierungskrisis.

Die Ablehnung Payers. — Die Kandidatur des Prinzen Max von Baden. — Das Aktionsprogramm der Mehrheitsparteien. — Staatssekretäre ohne Portefeuilles? — Noch keine Verhandlungen mit den Nationalliberalen.

In der Frage der Kabinettsbildung im Reiche und in Preußen sind gestern noch keine Entscheidungen getroffen worden. Der interfraktionelle Ausschuß trat gestern zusammen, um noch einmal das **Aktionsprogramm der Mehrheitsparteien,** das inzwischen dem Vizekanzler überreicht sein dürfte, durchzusprechen. Die „Germania" bestätigt und ergänzt unsere gestrigen Mitteilungen über den Inhalt des Aktionsprogramms. Daß es kriegspolitisch vollständig auf dem Boden des Verständigungsfriedens im Sinne der Julireſolution stehe, braucht, schreibt das Zentrumsorgan, kaum besonders gesagt zu werden. Ebenso ergab sich aus der Entwicklung, die die Erörterung der Völkerbundsfrage genommen hat, von selbst, daß die neue Regierung die Julireſolution in diesem Punkte verdeutlichen werde. Eine Erklärung über Belgien fehle natürlich auch nicht. Die Regelung der Ostfragen werde in der Richtung entschlossenerer Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Randvölker eingeleitet werden. Innerpolitisch stehe die preußische Wahlrechtsvorlage im Vordergrunde, aber auch die strenge Vereinheitlichung des ganzen Regierungskurses und die Milderung des Belagerungszustandsgesetzes. Endlich sei die Neuordnung der staatsrechtlichen Zukunft der Reichslander in das Programm aufgenommen worden.

Die Nationalliberalen hielten gestern eine längere Sitzung interner Art ab. **Bisher sind die Mehrheitsparteien noch nicht an die Nationalliberalen mit der Aufforderung herangetreten, sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen.** Nachdem man sich entschlossen hatte, von der Konstituierung eines Koalitionskabinetts, das alle Parteien umfaßt hätte, abzusehen, scheint man auch keine Neigung zu haben, durch Hinzuziehung der Nationalliberalen die demokratische Grundlage der neuen Regierung zu verwässern. Auffallen muß es jedenfalls, daß den Nationalliberalen bis gestern abend auch keine Mitteilungen über den Inhalt des Mehrheitsprogramms zugegangen waren. In der nationalliberalen Fraktionssitzung wurde natürlich auch die Personenfrage berührt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Neubesetzung der Reichsämter ein nationalliberaler Abgeordneter, der einer der größten deutschen Wirtschaftsorganisationen vorsteht, an die Spitze des Reichswirtschaftsamtes tritt. Wie bekannt, gehören jetzt schon die früheren nationalliberalen Abgeordneten Dr. v. Krause als Leiter des Reichsjustizamtes, Dr. Schiffer als Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt und Dr. Friedberg als Vizepräsident des preußischen Ministeriums, der allerdings sein Landtagsmandat beibehalten hat, der Regierung an. Ob auch sie, falls die nationalliberale Partei sich offiziell nicht an der Kabinettsbildung beteiligen sollte, in ihren Aemtern verbleiben werden, muß abgewartet werden.

Bei der Kabinettsbildung dürfte übrigens, wie wir hören, auch die Frage, Parlamentarier zu **Staatssekretären ohne Portefeuilles** zu ernennen, eine Rolle spielen. Dieser Schritt hätte insofern seine Bedenken, als diese Staatssekretäre nicht den Einfluß besitzen würden wie die anderen, die ein bestimmtes Verwaltungsgebiet unter sich haben. Wesentlich aber wäre die Neuerung, daß künftig wie im preußischen Staatsministerium, so auch im Reiche die Beschlüsse in kollegialischen Beratungen zustande kämen. Bisher war es im Reiche so, daß der Kanzler allein die Leitung und Verantwortung der Reichsgeschäfte in der Hand hatte, während die Staatssekretäre nur die ausführenden Organe waren, die nach seinen Weisungen zu handeln hatten.

Der interfraktionelle Ausschuß einigte sich fast einstimmig dahin, dem Vizekanzler Herrn v. Payer die Nachfolge im Kanzleramt anzubieten.

Herr v. Payer lehnte es aber ab,

erklärte sich jedoch bereit, dem neuen Kanzler mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das dürfte dahin auszulegen sein, daß er den Wunsch hat, in seinem bisherigen Amte als Vizekanzler zu verbleiben. Durch die Ablehnung des Herrn v. Payer, die die Mehrheitsparteien überrascht hat, ist für den Augenblick eine neue Situation entstanden. Als Kanzlerkandidaten kommen jetzt in erster Linie Dr. Solf und Prinz Max von Baden in Frage. Prinz Max von Baden, für dessen Kandidatur sich vor allem süddeutsche Mitglieder der Mehrheitsparteien einsetzen, befindet sich bereits in Berlin, um mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Man wird sich erinnern, daß der Prinz schon im vergangenen Jahre als ernsthafter Kanzlerkandidat genannt wurde, als Dr. Michaelis zurücktrat. Damals wurde von Baden aus der Einwand erhoben, daß es für den badischen Thronfolger nicht opportun sei, wenn er sich als leitender Reichsbeamter politisch festlege und sich in die Arena der Parteikämpfe begäbe.

*

Das **preußische Staatsministerium** trat gestern zu einer Sitzung zusammen.

*

Heute tritt, wie bereits berichtet, **der Aeltestenausschuß des Reichstags** zu einer Sitzung zusammen, um über den Zeitpunkt der Einberufung des Reichstags zu beschließen. Man rechnet damit, daß der Reichstag sich am kommenden Dienstag wieder versammeln wird.

Die Schwenkung der Rechtsnationalliberalen in der Wahlrechtsfrage.

Dortmund, 1. Oktober. (W. T. B.)

Die westfälischen nationalliberalen Abgeordneten haben angesichts der gegenwärtigen Lage beschlossen, ihre Bedenken gegen Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen gegenüber der Notwendigkeit der Herstellung der nationalen Einheitsfront zurückzustellen und für eine sofortige Verständigung mit der Staatsregierung auf Grundlage des gleichen Wahlrechts einzutreten.

Die Kriegsanleihezeichnungen für das Reichsschuldbuch.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Es ist anzunehmen, daß sich Zeichner der 8. Kriegsanleihe, die bis jetzt noch nicht im Besitze der Benachrichtigung über die Eintragung ihrer Zeichnungen in das Reichsschuldbuch sind, deswegen beunruhigt fühlen. Die Verzögerung in der Zusendung der Benachrichtigungen ist unvermeidlich und beruht lediglich auf der großen Menge der Eintragungsanträge, die trotz der größten Anstrengung noch nicht sämtlich erledigt werden konnten. Zu irgendwelcher Beunruhigung liegt sonach kein Grund vor, und es wäre gänzlich verfehlt, wenn Zeichner hieraus Veranlassung nehmen sollten, Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe zu unterlassen.

Wechsel im sächsischen Ministerium des Innern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 1. Oktober.

Am 30. September ist der Leiter der politischen Abteilung im sächsischen Ministerium des Innern Dr. Schelcher zurückgetreten und zu seinem Nachfolger ist Geheimer Regierungsrat Dr. Schmitt ernannt worden. Man wollte in eingeweihten Kreisen wissen, daß starke Versuche gemacht worden seien, Schelcher zu halten, vor allem aber Schmitt nicht auf seinen Posten aufrücken zu lassen. In politischen Kreisen Dresdens sprach man sogar von einer Art „Streikdrohung" übergangener Geheimräte im Ministerium, die es sehr verdrossen hätte, daß ein verhältnismäßig junger Mann auf den wichtigen Posten des Ministerialdirektors berufen wurde. Während Schelcher ein ausgesprochener Konservativer war, ist Schmitt politisch ein unbeschriebenes Blatt. Er erschien den Konservativen von seinem Vater und seinem Schwiegervater her als erblich liberal belastet. Sein Vater hatte Hessen unter der Herrschaft des letzten

---

Bei Schulte.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Stahl.

Die Galerie Schulte hat eine Gedächtnisausstellung für Friedrich v. Schennis veranstaltet. Die Nachprüfung des Urteils über das malerische Schaffen dieses sehr merkwürdigen und sehr künstlerischen Charakters, die dadurch angeregt werden soll, führt zu keinem anderen Ergebnis. Wohl zeigen ein paar frühe Landschaftsstudien vom Südmeer bei Anzio, daß ursprünglich malerisches Sehen Schennis eigen war. Aber er hat die Möglichkeit, die darin für ihn lag, wohl mißachtet, jedenfalls nicht entwickelt. Er wollte seine melancholisch-romantischen Träumereien ausdrücken, die er unter den Ruinen und Pinien Roms in stillen Nächten, in dem Park von Versailles in herbstlichen Dämmerungen erlebte. Er wollte, sicher in Erinnerung an Chopin, Notturni schaffen. In Schwarzweiß gelang ihm das oft, und manche seiner Radierungen, die er in der Art französischer Stecher des 18. Jahrhunderts umrahmte, haben ihren, wenn auch nicht sehr hohen Wert. Die Uebertragung in Farben glückte um so weniger, je dunkler seine Stimmungen wurden, und je größer er sie gestalten wollte. Mit ihrer Masse an Schwarz, an sich für Farbe nicht geeignet, konnten sie gar nicht Bild werden, weil dem Maler das nötige Handwerk fehlte. Was dunkel sein sollte, wurde auch noch trübe. In vielen seiner Bilder bedeckt ein undurchscheinender schwarzer Ueberzug einen großen Teil der Leinwand. Man braucht nur die Radierung mit der Statue der Roma im mondbeglänzten Pinienwald mit dem Bilde desselben Motivs zu vergleichen, um zu erkennen, wie unerreichbar für den Künstler sein Ziel war. Die Folge war ein tragisches Leben, das einem Menschen von tiefster Empfindung und erlesenem Geschmack allmählich zerstörte. Die Zeichnung, die Wolfgang Kronsbein von Kopf und Händen des Toten gemacht hat, bringt die adlige Form zu ihrer Wirkung, die man bei dem Lebenden auch durch alle nervöse Erregtheit immer fühlte.

In einer Sammlung von Heinrich Zügel fallen ganz besonders sehr frühe kleine Bilder auf. Es führt zu seltsamen Gedanken über das, was wir die Entwicklung eines Künstlers zu nennen pflegen, wenn wir immer wieder darauf stoßen, daß die späteren großen und bravourösen Werke schließlich doch nicht die Qualität haben, wie sie die ersten nicht mit Absicht belasteten Arbeiten zeigen. Das gilt für die ganze Generation von 1850, die mit der modernen Richtung ins Helle und ins große Format ging. Diese kleinen Stücke, ein Schaf, eine Kuh mit ihrem Kalb, ein Kalb, sind durch die Schönheit des Farbmaterials und des Handwerks ausgezeichnet. Und sie wirken trotz der alten Farben in ihrer Klarheit heller als die späteren Bilder, bei denen alle Mittel angewandt sind, um das Licht zum Ausdruck zu bringen.

Bilder von Franz v. Stuck beweisen aufs neue, daß dieser Maler von hohen Gaben in einem hastigen Betrieb allen Halt verloren hat.

Von dem Berliner Maler Wilhelm Blanke sieht man wieder eine größere Anzahl seiner ansprechenden Arbeiten. Es würde dem Charakter seiner Bilder zugute kommen, wenn er weniger malte und das einzelne Stück bestimmter ausprägte. Er gibt jetzt gern alte Kunstwerke wieder, besonders farbige gotische Figuren. Da kommt ihm die schöne Haltung ihrer Farben für die Bildgestaltung zur Hilfe. Sehr kraftvoll ist das Innere einer Wendenkirche. Zartere Töne schlägt er in den Innenräumen eines alten Schlößchens an.

Von Sabine Lepsius sieht man das Bildnis einer Dame und einige Kinderbildnisse. Sie hat sich durch eine lange Tätigkeit die Grundeigenschaft des Porträtisten erhalten: das lebhafte Interesse an dem Menschen, den sie darstellen soll. Das gibt ihrer Auffassung und ihrem Vortrag Frische, wie sie gerade auf dem Gebiet des eleganten Bildnisses selten ist. Damit verbindet sich eine geschmackvolle Anordnung der Farben.

„Geheimrat und Kunstauktion." Unter diesem Titel hatten wir scharfe Kritik an dem Entwurf eines Gesetzes über das Auktionswesen geübt, der, von einer preußischen Stelle ausgearbeitet, hier und in den anderen 25 Bundesstaaten zur Annahme gebracht werden sollte. Dieses Erzeugnis eines Geheimratsgeistes, den man auch bei uns nicht mehr für möglich gehalten hatte, darf jetzt schon als beseitigt gelten. Wir hatten ganz besonders auf den Satz hingewiesen, mit dem „die Entscheidung der Dienststelle als endgültig" hingestellt werden sollte. Diese Ungeheuerlichkeit war weder den Vorgesetzten des kühnen Geheimrats, noch leider den Kritikern des Entwurfes aufgefallen; ein Beweis dafür, wie wenig entwickelt das staatsbürgerliche Gefühl in Preußen ist. Wir hatten hinzugefügt: „Es wird doch wohl deutsche Staaten geben, in denen schon die Regierung es ablehnt, für einen Beamten eine unkontrollierte Machtbefugnis zu fordern." Es gibt. Bayern und andere Staaten wollen sich dem preußischen Vorgehen nicht anschließen, das so willkürliche Eingriffe vorschlug. Und so wird der üble Entwurf auch in unserem Landtag nicht zur Beratung kommen. Einige Voraussicht hätte der preußischen Regierung diese Absage ersparen können. Der krampfhafte Eifer, wie er sich in der Behandlung dieser Frage zeigte, sollte an der Kette gehalten werden.

Aus der Kunstwelt. Aus München wird gemeldet: Beim Schluß der Glaspalastausstellung ergab sich an Verkäufen der höchste Rekord, der bisher erzielt wurde, nämlich eine Gesamtsumme im Werte von rund zwei Millionen Mark.

ko. Graf Hülsen-Haeseler, der Generalintendant der königlichen Schauspiele, verlebte gestern in Zurückgezogenheit den Tag, der in ruhigen Zeiten wohl ein freudig belebter Jubiläumstag gewesen wäre. Es waren 25 Jahre vergangen, daß Georg v. Hülsen die Leitung des Wiesbadener Hoftheaters übernommen hatte und damit in die Reihe der deutschen Bühnenleiter eingetreten ist. Was er in diesen Jahren, zuerst in Wiesbaden, dann in Berlin, geleistet, welchen Platz er sich als künstlerische Persönlichkeit erobert hat, ist jüngst an seinem 60. Geburtstag erwähnt worden. Auch die tätige Anteilnahme, die er als Präsident des Deutschen Bühnenvereins an der sozialen Ausgestaltung des Theaterwesens genommen, ist oft und mit Recht anerkannt worden. So bleibt nur der Wunsch, daß Graf Hülsen in unverminderter Kraft der Kunst dienen und ihr in kommenden Friedenszeiten weiterhin die Stätte bereiten möge, die wir alle ihr gönnen.

∞ **Theater im Reich.** Aus Hamburg schreibt unser Korrespondent: In den Hamburger Kammerspielen fand Herbert Eulenbergs bürgerliches Lustspiel „Der natürliche Vater" ein sehr angeregtes Publikum. Doch die tiefere Wirkung blieb ihm auch hier versagt. Erich Ziegel mit seiner Schar ausgezeichneter Darsteller gab den wunderlich verschnörkelten Vorgängen und Figuren des sorglos fabulierten Stückes die drollige Bewegtheit eines bizarren Marionettenspiels. — Aus Frankfurt a. M. berichtet unser Korrespondent: Alexander Zinn versucht in seinem auf der Bühne des Neuen Theaters gegebenen Schauspiel „Gewitter" einen neuen Beitrag zur Ergründung der Künstlerseele zu liefern. Dieses Mal ist es ein Architekt und brutaler Herrenmensch, der in schrankenlosem Egoismus nur seiner Kunst, dem Planen und Errichten monumentaler Bauten, zustrebt. Aber auf dem Flug zur Sonne seines Ruhms bricht ihm eine Schwinge und er findet den Weg zu seiner verlassenen Frau zurück, die seinen Egoismus durch ihre Reinheit, Liebe und Güte überwindet. Die grelle Ausführung dieses konstruierten Vorwurfs wird durch die Darstellung, namentlich durch Leontine Sagan und Otto Henning, zur Erträglichkeit gemildert. — Aus Breslau berichtet unser Korrespondent: Das Stadttheater in Breslau führte zum ersten Male Julius Bittners „Musikant" auf. Die Oper, die sich durch melodiöse Musik und reichen Stimmungsgehalt auszeichnet, fand beim Publikum starken Beifall. Unterstützt wurde die Aufführung durch hübsche Bühnenbilder und gute Gruppenbesetzungen.

Theaterchronik. Im Residenz-Theater ist die Erstaufführung von Ludwig Biros Schauspiel „Hotel Stadt Lemberg" für Dienstag, 8. Oktober, festgesetzt.